

29. November 2001

LR Knotzer: Lokalausweis im Flüchtlingslager Traiskirchen Aufteilung in Privatquartiere wäre ein gangbarer Weg

„Immer wieder müssen wir Verletzte von Messerstechereien und Schlägereien wegführen“, sagte gestern, Mittwoch, Nachmittag Landesrat Fritz Knotzer bei einer Besichtigung des Flüchtlingslagers Traiskirchen (Bezirk Baden). Eine Aufteilung der Flüchtlinge in viele Privatquartiere, meinte Knotzer vor Journalisten, wie das vor zehn Jahren der frühere Innenminister Löschnak begonnen und sein Amtskollege Schlögl fortgesetzt habe, habe sich sehr bewährt. Knotzer besuchte gemeinsam mit Nationalratsabgeordneten das Lager und erklärte, dass „viel mehr“ Flüchtlinge im Lager leben, als dies der Innenminister vor wenigen Tagen behauptet habe. Rund 1.500 Flüchtlinge, so schätzte Knotzer, seien im Lager und werden in der Nacht von nur einer Person betreut. Ein Problem sei auch, dass viele Flüchtlinge in die Illegalität verschwinden.

In der Stadt Traiskirchen würden ohnedies laufend Integrationsmaßnahmen stattfinden. „Alle diese Probleme sind bekannt, aber wir versuchen, einen Lösungsansatz aufzuzeigen. Wir wollen dem Innenminister zur Seite stehen, dass er versucht, eine Lösung im Interesse der Gemeinde, der Bürger, und vor allem im Interesse der Menschen, die ihr Land verlassen müssen, weil in ihrer Heimat bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen, herbeizuführen.“

Auch könne man den Flüchtlingen einen Arbeitsplatz vermitteln oder ihnen eine Wohnung verschaffen, argumentierte Knotzer. Aber das könne man mit fünf bis zehn Familien pro Jahr tun. Wenn es aber binnen kurzer Zeit Hunderte Familien seien, so sei dies unmöglich, vor allem, wenn Traiskirchen in dieser Integrationsphase allein gelassen werde.

Man hätte in Traiskirchen eigene Schulklassen gebildet, die für die Integration der Flüchtlingskinder sorgen, sagte Knotzer weiter. Aber natürlich seien die Schulen, wenn sehr viele Ausländer-Kinder vorhanden seien, überfordert, unabhängig von den Räumlichkeiten und anderen Bereichen. Für die schulische Integration und in Kindergärten gebe es gesetzliche Höchstzahlen, die man nicht überschreiten könne.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at